

Pressemitteilung

29. Oktober 2019

Land Niedersachsen lässt Studentenwerke im Stich Niedersächsische Studentenwerke unterstützen Forderungen des studentischen Protests

Die Studentenwerke in Niedersachsen und damit rund 211.000 Studierende und 1.940 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vom Land Niedersachsen im Stich gelassen. Die Finanzhilfe des Landes für die Absicherung des gesetzlichen Auftrags der Studentenwerke wurde seit 2014 nicht angehoben und wurde jetzt auf Druck der Landesregierung für weitere drei Jahre festgeschrieben. Angekündigte Mittel für Sanierungen werden nicht zur Verfügung gestellt. Das bedeutet in der Konsequenz erhebliche Verschlechterungen für die Studierenden.

Die niedersächsischen Studentenwerke unterstützen daher die aktuellen Forderungen des studentischen Protests und fordern:

1. die Erhöhung der Finanzhilfe für die Studentenwerke um 25 Prozent,
2. anschließend eine automatische jährliche Erhöhung der Finanzhilfe um drei Prozent,
3. die Auflage eines substantiellen Sonderprogramms zur Sanierung der Wohnheime wie im Niedersächsischen Landtag am 18.12.2017 vom Wissenschaftsminister Björn Thümler angekündigt.

Diese Forderungen wurden von der Arbeitsgemeinschaft der Niedersächsischen Studentenwerke in der vergangenen Woche auch in Briefen an den Ministerpräsidenten Stephan Weil, den Finanzminister Reinhold Hilbers und den Wissenschaftsminister Björn Thümler formuliert.

Studierende immer stärker belastet

Seit 2014 stiegen die Personalkosten tarifbedingt um bis zu 20 Prozent und die Zahl der Studierenden um rund 19 Prozent. Auch Baukosten sowie die Kosten für Waren und Energie stiegen deutlich. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Finanzhilfe des Landes an der Gesamtfinanzierung der niedersächsischen Studentenwerke um 16 Prozent. Das geht zu Lasten der Studierenden, die einen immer größeren Anteil der Finanzierung tragen müssen. Und das, obwohl sich ihre eigene ökonomische Situation kaum verbessert, trotz BAföG-Reform.

Die Beiträge der drei größten Studentenwerke des Landes OstNiedersachsen, Hannover und Göttingen werden nächstes Jahr zu den höchsten in Deutschland zählen. Schon jetzt verlassen zahlreiche Abiturientinnen und Abiturienten Niedersachsen, um in anderen Bundesländern zu studieren. Im Wintersemester 2017/18 waren es im Saldo fast 50.000 mehr als aus anderen Bundesländern nach Niedersachsen gekommen sind.

Neben der unzureichenden Finanzhilfe fehlen den Studentenwerken finanzielle Mittel für Wohnheimsanierungen, aktuell rund 155 Millionen Euro. Diese müssen von den

Studentenwerken – anders als in der Vergangenheit zugesagt und in den Mietkalkulationen zugrunde gelegt – selbst finanziert werden. Hierzu ist in Zukunft die verstärkte Aufnahme von Bankdarlehen durch die Studentenwerke notwendig. Das führt dazu, dass die Studierenden durch steigende Mieten noch weiter belastet werden.

Studentenwerke fordern Landesregierung zum Handeln auf

Die niedersächsischen Studentenwerke fordern Ministerpräsident Stephan Weil, Finanzminister Reinhold Hilbers und Wissenschaftsminister Björn Thümler auf, jetzt ihrer Verantwortung gerecht zu werden, damit die Rahmenbedingungen für ein Studium in Niedersachsen attraktiv sind und langfristig hochqualifizierte Fachkräfte im Land gehalten werden können. Dafür sind die Leistungen der Studentenwerke wichtig. Deshalb fordern die niedersächsischen Studentenwerke, dass die Landesregierung noch in den laufenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 und in der Mittelfristigen Finanzplanung wirksame Verbesserungen initiiert.

Studentenwerk OstNiedersachsen

Mensen und Cafeterien, Wohnheime, Studienfinanzierung, Sozial-, und Psychotherapeutische Beratung, Kinderbetreuung und die Förderung der studentischen Kultur – das sind die Leistungen des Studentenwerks OstNiedersachsen. Die Kosten für diese Angebote tragen zum größten Teil die Studierenden selbst; über den Semesterbeitrag und die Umsatzerlöse. Nur noch 8,7 Prozent beträgt der Anteil der Finanzhilfe des Landes an den Einnahmen des Studentenwerks OstNiedersachsen.

Das Studentenwerk hat allein in den letzten zehn Jahren mehr als 85 Mio. € in die Sanierung seiner Wohnheime investiert. Dafür hat es mehr als 46 Mio. € Darlehen aufgenommen. Der Rest wurde aus Eigenmitteln finanziert. Dies alles geschah ohne Unterstützung der Landesregierung. Dennoch gibt es in den nächsten Jahren noch einen Sanierungsbedarf von 38 Mio. €. Die fehlende Unterstützung führt dazu, dass sich das Studentenwerk nun bereits mit dem Gedanken trägt, einzelne Wohnheime am Standort Clausthal abzureißen.

Über die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke

Die fünf niedersächsischen Studentenwerke Göttingen, Hannover, Oldenburg, Osnabrück und OstNiedersachsen bilden die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke und werden jeweils durch ihre Geschäftsführer vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt die gemeinsamen Belange der Studentenwerke gegenüber dem Land Niedersachsen. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft ist Prof. Dr. Jörg Magull, Geschäftsführer des Studentenwerks Göttingen.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke
Prof. Dr. Jörg Magull
Sprecher

Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke
Platz der Göttinger Sieben 4
37073 Göttingen
Telefon: +49 551 39-35101
E-Mail: geschaeftsfuehrung@studentenwerk-goettingen.de